

‡ (Die aktuellen Wirthschaftsfragen.) In der heute abgehaltenen Direktionsitzung des Ungarischen Landwirthverbandes äußerte sich der Vorsitzende Dr. Ignaz Darányi in sehr bemerkenswerther Weise über die aktuellen Wirthschaftsfragen, besonders über die Frage der Besitzpolitik. Einzelne, In-

stitute und Korporationen, sagte er unter Anderem, haben während des Krieges ihren Geschäftskreis für zu eng befunden und haben auch den Grund und Boden als Spekulationsobjekt in den Kreis der Kriegskonjunktur gezogen. Dies ist umso gefährlicher, weil bei den heutigen Valutaverhältnissen besonders die Besitzerverwertung der Fremden um sich greift. Wohl haben wir kapitalkräftige große Finanzinstitute nothwendig. Einzelne Gegenden können auch durch die Einrichtung von Musterwirthschaften viel gewinnen, doch was jetzt bei uns geschieht, ist etwas Anderes. Unter altruistischen Phrasen werfen sich jetzt die Finanzinstitute auf Grund und Boden als Geschäftsobjekte. Es scheint, als wollten sie die besitzpolitische Initiative dem Staate entwinden, und der Staat thut nichts, um diesem Versuch entgegenzuarbeiten. Der Groß- und Mittelbesitz verliert langsam den Boden, und bis die Leute aus den Schützengräben kommen, wird sich eine besitzpolitische Lage entwickelt haben, welche später, um den Boden neuerdings zu befreien, wieder wird zurückentwickelt werden müssen. Gaston Cal betont, daß nach der schroffen Zurückweisung einer Maximalisirung der Industrieartikel eine energische Organisation der Landwirthschaft zur Vertheidigung ihrer Rechte nothwendig ist. Der Einfluß der Banken auf die Landwirthschaft sei im Wachsen begriffen. Die Stimmung der Landwirthschaft sei verbittert durch die überaus niedrigen Preise ihrer Produkte, durch die empörende Geldpolitik der Centralen, sowie durch den Umstand, daß die Mühlen aus Weizen zu 46 Kronen Mehl zu 116 Kronen produzieren. Nachdem noch Dr. Eugen Czettler, Direktor Stephan Bernáth, Stephan Molnár, Aurel Förster, Ludwig Grösz, Alexius Förster, Staatssekretär Ivan Ottly und Béla Mezöffy gesprochen, wurde beschlossen, im Februar eine außerordentliche Generalversammlung des Verbands zur Besprechung der Beschwerden der Landwirthschaft einzuberufen.